

Online-Glücksspiel: Spielball der Interessen

Rund 160 deutsche und internationale Spitzenvertreter der Glücksspielbranche trafen sich am 12. April in Frankfurt zum World Regulatory Briefing, um über die Zukunft des deutschen Internet-Glücksspiels zu diskutieren. Dabei standen das schleswig-holsteinische Glücksspielgesetz und das E15-Modell sowie deren Praxistauglichkeit im Fokus.

Die positive Antwort der EU-Kommission zum Notifizierungsverfahren des schleswig-holsteinischen Glücksspielgesetzes passt auf eine DIN A4-Seite. Die Brüsseler Antwort zum Glücksspieländerungsstaatsvertrag umfasst rund ein Dutzend Seiten.“ Mit diesem Vergleich wies der Europaabgeordnete Jürgen Creutzmann zielsicher auf den Schwerpunkt der Konferenz am 12. April in Frankfurt hin: die Regulierung des Internet-Glücksspiels in Deutschland. Mit dem World Regulatory Briefing (WrB) hat der englische Veranstalter Clarion Events, der auch die Londoner Glücksspielmesse

ICE organisiert, eine Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, die sich mit verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen des Glücksspiels auseinandersetzt.

Vierzig Referenten vertraten in Podiumsdiskussionen ihre Standpunkte. Eines wurde bereits in der ersten Diskussionsrunde deutlich: Der Weg zur deutschen Glücksspielregulierung wird kein leichter sein. Befürworter des Kieler Glücksspielgesetzes, wie der schleswig-holsteinische CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Christian von Boetticher, beleuchteten die Vorteile des Gesetzes, wie seine Europarechtskonformität, während Martin Stadelmaier, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz, das Vorgehen des nördlichsten Bundeslandes in Sachen Glücksspiel als „unerfreulichen Akt in der Ländergemeinschaft“ bezeichnet. Stadelmaier schickte gleich eine unverhohlene Drohung in Richtung Norden hinterher: „Wenn eine Regierung so etwas tut, muss sie einschätzen, welche Konsequenzen dies hat.“

Dr. von Boetticher gestand, dass Schleswig-Holstein sehr stark unter Druck geraten sei: „Für uns war aber klar, dass uns niemand zwingen kann, einem europarechtswidrigen Vertrag beizutreten.“

Eine wirkliche Annäherung der widerstreitenden Parteien kam nicht zustande. „Die Kritik hat uns nicht überrascht. Ich bin sicher, dass wir das ein oder andere vor Gericht austragen müssen“, so Stadelmaier.



„Eine europäische Lösung ist kurzfristig nicht in Sicht“, sagt Tagungsleiter Professor Dr. Tilman Becker.

Viele Vertreter von Glücksspielunternehmen zeigen Unverständnis über das deutsche Regulierungschaos.



Damit scheint der Marschrhythmus der Befürworter des Glücksspieländerungsstaatsvertrages, der sogenannten „E15-Gruppe“, vorgegeben. Dass die Vertreter dieses restriktiven Gesetzentwurfes in Richtung Holzweg marschieren, untermauerte auch

„Für uns war klar, dass uns niemand zwingen kann, einem europarechtswidrigen Vertrag beizutreten.“

Creutzmann. Er wies deutlich darauf hin, dass Online-Gambling ein enorm wachsender Markt mit einem rasanten technischen Fortschritt sei.

Fast ging Tina R. Olsen, Leiterin der Rechtsabteilung in der dänischen Glücksspielaufsichtsbehörde, in der Diskussion unter. Im Gegensatz zum norwegischen Monopol-Modell setzt das dänische Gesetz auf einen kontrolliert privatwirtschaftlichen Markt.

Die Ansichten von Dr. Christian von Boetticher (l.) und Martin Stadelmaier liegen diametral auseinander.



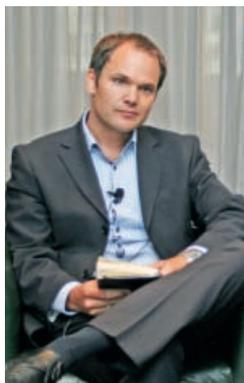
„Viele Dänen wollen Online-Poker und Werten, daher gab es den politischen Wunsch, den Markt attraktiv zu liberalisieren“, schilderte Olsen.

Ihre Behörde umfasst mittlerweile hundert Mitarbeiter. In Italien arbeiten 1 000 Menschen an der Koordinierung dieses Marktes, in Frankreich mehrere Hundert. In Schleswig-Holstein arbeiten in der zuständigen Abteilung vier Mitarbeiter. Die bloße Mitarbeiteranzahl bei einer Aufsichtsbehörde muss nicht zwangsläufig für Qualität stehen, wie man am dahinvegetierenden französischen Modell erkennen kann, aber anhand der Staaten mit funktionierenden Regulierungsbehörden ist zu erkennen, dass eine effiziente Lizenzprüfung und -vergabe von mehr als einer Handvoll Fachleute organisiert werden sollte.

Bei den Problemen in den einzelnen EU-Ländern, folgerte Tagungsleiter Professor Dr. Tilman Becker, Leiter der Forschungsstelle Glücksspiel an der Universität Hohenheim, nicht ganz überraschend: „Eine Europäische Lösung ist kurzfristig nicht in Sicht.“ Zum Unverständnis vieler Konferenzteilnehmer trugen vor allem die Vertreter des E15-Modells bei, wie zum Beispiel Martin Stadelmaier. Er kündigte an, dass die 15 Bundesländer die Ratifizierung des Staatsvertrages eingeleitet haben, blieb aber jegliche Erläuterungen schuldig.

Einigkeit herrschte bei den Experten darüber, dass mit Protektionismus und krampfhaftem Verteidigen eines Glücksspiel-Monopols, wie es die E15-Gruppe favorisiert, weder der

Wilhelm Huber von William Hill (I.) und Ian Ince von Sportingbet sehen das E15-Modell nicht als „profitables Geschäftsmodell“ an.



Spieltrieb kanalisiert noch der Markt kontrolliert werden.

Dass Regulieren nicht gleich Regulieren ist, zeigt das französische Modell. „Über 70 000

Spieler, so wird in Frankreich geschätzt, sind im letzten Jahr vom regulierten Markt abgewandert“, erläutert der Münchener Anwalt Dr. Wulf Hambach.

Diese Spielerflucht in den illegalen Markt könne man mit einem Eis im Hochsommer vergleichen: „Anfangs prächtig anzusehen, schmilzt es in kürzester Zeit unwiederbringlich dahin“, so der Rechtsexperte.

Dr. Hambach stellte zudem das Vorhaben der E15-Gruppe in Frage, nur die Sportwette begrenzt zu legalisieren. „Mit über vier Millionen Spielern gehört der deutsche Pokermarkt zu dem zweitgrößten der Welt.“

Dass der Glücksspieländerungsstaatsvertrag nicht scheitert, wie das französische Modell, setzt voraus, dass die verantwort-

Europarechtskonforme Chance Geld einzunehmen



Der liberale Europaabgeordnete Jürgen Creutzmann wies in seiner Eröffnungsansprache mehrfach darauf hin, wie wichtig eine gesamteuropäische und europarechtskonforme Lösung zur Regulierung des Online-Glücksspiels ist. Creutzmann arbeitet als

Berichterstatler im Ausschuss Binnenmarkt und Verbraucherschutz und ist offizieller Rapporteur des Europäischen Parlaments zum Green Paper über Online-Glücksspiele im Binnenmarkt.

Zur Rechtslage: „Glücksspiel im Internet ist ein grenzüberschreitendes Phänomen, das europarechtlich und nicht national geregelt werden muss. Dass die EU-Kommission in ihrem Schreiben grünes Licht signalisiert hätte, sehe ich nicht so, wie die Staatskanzlei in Rheinland-Pfalz. Ich bin der Meinung, dass die EU-Kommission klar die gelbe Karte gezeigt hat.“

Zum Glücksspieländerungsstaatsvertrag: „Es gibt keine wissenschaftlichen Beweise, dass Online-Glücksspieler ein größeres Suchtpotenzial als andere aufweisen. Darüber hinaus erscheint mir

die Begrenzung auf zwanzig Anbieter willkürlich. Jeder Anbieter, der die Kriterien erfüllt, sollte keine Probleme haben, eine Lizenz zu erhalten. Je mehr Lizenzen die Länder verteilen, desto mehr können sie für den Verbraucherschutz tun.“

Neben der Limitierung der Konzessionäre mache auch „die Höhe von fünf Prozent Besteuerung auf den Umsatz den deutschen Markt unattraktiv“.

„Es mangelt bei der Konzessionsvergabe an Transparenz, weil den vergebenden Behörden zu viel Spielraum eingeräumt wird. Die staatlichen Anbieter dürfen nicht bevorzugt behandelt werden.“

Zum staatlichen Angebot: „Auf der einen Seite wirbt man für viele Millionen im Lotto-Jackpot, auf der anderen Seite wird behauptet, dass man das Monopol für den Spielerschutz braucht.“

„Während es beim staatlichen Angebot in Spielbanken keine Begrenzung für den Spieler auf den Umsatz gibt, liegt dieser beim privaten Sportwettenangebot bei 1 000 Euro. Dadurch herrscht keine Kohärenz.“

Zu den Bundesländern: „Ich verstehe auch die Bundesländer nicht. Wenn Sie lizenzieren, haben sie die Chance Geld einzunehmen. Schließlich belastet der Mangel an attraktiven, legalen Angeboten die Haushalte und die Steuerzahler.“

Ausblick in die Zukunft: „Wir können mit zahlreichen Beschwerden rechnen und die EU-Kommission wird sich vorbehalten ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten.“



IT-Spezialist Professor Michael Rotert (l.) und Burkhard Ley von Wirecard sprechen über Gefahren und Möglichkeiten im Internet.

Bei fünfprozentiger Besteuerung auf den Umsatz fürchten Jörg Wacker (l.) von bwin und Mathias Dahms von Jaxx aufgrund schlechterer Quoten um ihre Kunden.

lichen Politiker sich auch mit der Sicht der Unternehmen beschäftigen. An Spitzenvertretern mangelte es in Frankfurt nicht.

„Wir wollen Steuern zahlen, aber wenn wir in einen Markt investieren, brauchen wir Stabilität, auch in der Zukunft. Das E15-Modell betrachten wir nicht als profitables Geschäftsmodell“, unterstreichen Wilhelm Huber von William Hill und Ian Ince von Sportingbet unisono.

Einigkeit herrschte bei allen Anbietervertretern darüber, dass Deutschland ein wichtiger Markt ist. Als Knackpunkt machen viele Unternehmen die im E15-Modell vorgesehene Besteuerung aus: „Bei fünf Prozent Umsatzbesteuerung wird das Produkt unattraktiv. Was wird der Kunde wohl tun, wenn er das attraktivere Angebot nur einen Klick entfernt sieht?“, fragte Huber.

Jörg Wacker, Direktor bwin.party Deutschland, spitzte es zu: „Wir sind auch bereit zehn

Prozent Steuern zu zahlen, wenn uns garantiert wird, dass niemand schwarz anbietet.“

Wer nun reflexartig nach IP- und Financial-Blocking ruft, dem muss klar sein, dass diese Maßnahmen bereits nach kurzer Zeit ins Leere laufen. Umgehungsmethoden verbreiten sich rasend schnell im World Wide Web. „Blockaden und Sperren sind deshalb unwirksam, weil sie in der Praxis nicht umsetzbar sind“, sagt Michael Rotert, Geschäftsführer von eco, Verband der deutschen Internetwirtschaft und Vize-Präsident der EuroISPA, des Europäischen Dachverbands der nationalen Vereinigungen von Internet-service-Providern.

Wie man potenzielle Geldwäscher und pathologische Spieler erkennt, schilderte Burkhard Ley. Der Finanzvorstand von Wirecard zeigte Möglichkeiten im elektronischen Zahlungsverkehr auf, die sich zur Geldwäsche- und Betrugsprävention eignen.

Es stellt sich die Frage, warum die politische Mehrheit überhaupt das E15-Modell forciert? „Die Politik will sich im Grunde gar nicht dem Markt öffnen. Sie tut es, weil sie gezwungen wird. Das E15-Modell ist eigentlich ein Monopol“, konstatiert Wacker.

Es scheint, dass Ian Ince recht behalten wird: „Ich befürchte, dass sich nur Anwälte die Hände reiben werden.“



Eindrucksvolle Zahlen

Mathias Dahms, Geschäftsführer von Jaxx, belegt, dass das E15-Modell nicht auf Anklang bei den Spielern stößt:

„Wir haben 2 000 unserer deutschen Kunden gefragt, ob sie es befürworten würden, wenn wir mit mybet in Deutschland lizenziert werden. Siebzig Prozent der Befragten würden es vorziehen bei einem in Deutschland lizenzierten Anbieter zu spielen. Dann haben wir unseren Kunden Quoten zur Verfügung gestellt, die es mit der fünfprozentigen Umsatzbesteuerung gäbe. Nun sagten siebzig Prozent, dass sie dann bei einem anderen Anbieter wetten würden.“

